

Einleitend begann Herr Gleß seinen Vortrag damit, indem er auf den der Sitzungsvorlage beigefügten sowie im Saal aushängenden Plan hinwies. Dieser stelle sich im Gegensatz zu dem in der letzten Ratssitzung ausliegenden Plan anders dar. Geändert habe sich die Verlegung des Grünstreifens westlich der Rathausallee in den hinteren Bereich und nicht mehr unmittelbar an der Siegburger Straße gelegen. Nunmehr sei er in der Verlängerung des im ursprünglichen Plan im Osten und im Westen vorhandenen Grünstreifens vorgesehen. Der Grünstreifen soll die Verlinkung der Landschaft aufnehmen und eine Wegeverbindung beinhalten. Parallel dazu soll ein Wirtschaftsweg für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge realisiert werden. Auch in der Breite sei der Grünstreifen reduziert worden auf jetzt max. 25 m einschl. des Weges. Somit sei insgesamt die zu planende Fläche reduziert worden. Darüber hinaus soll ein Versuch unternommen werden, einen Anschluss an die Marienstraße herzustellen. Die jetzt vorgestellte Planung sei die Essenz, was aus den Anregungen und Bedenken der frühzeitigen Bürgerbeteiligung hervorgegangen sei. Man strebe parallel zu diesem Verfahren an, weiterhin einen Bebauungsplan aufzustellen und den vorhandenen Flächennutzungsplan zu ändern, wozu aber die Zustimmung der Grundstückseigentümer erforderlich ist.

Herr Bonerath von der CDU-Fraktion begrüßte die neue Planung. Er stellte die Forderung auf, dass die Wegeverbindung von der Marienstraße bis zur Meindorfer Straße als asphaltierter Weg ausgeführt wird. Dies würde den Freizeitwert steigern.

Herr Gleß meinte dazu, man sei dafür offen, schlage aber vor, die weiteren Gespräche mit den Landwirten und anderen Beteiligten abzuwarten.

Herr Züll stellte für die FDP-Fraktion die Frage, ob abgesehen werden kann, wie das prozentuale Zustimmungsverhalten der Eigentümer nach Anzahl bzw. nach Fläche aussehe. Eine weitere Frage sei, ob die Landwirtschaftskammer noch eine sachdienliche landwirtschaftliche Nutzung zwischen Grünstreifen und Straßenkörper bejahe.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen wies auf den Wirtschaftsweg von Rathausallee bis zum Meindorfer Weg hin. Seiner Meinung nach könne davon ausgegangen werden, dass dieser auch von Radfahrern und Fußgängern genutzt wird. In diesem Fall müsse er entsprechend ausgebaut werden. Ferner wollte er wissen, welche Auswirkungen die Verkleinerung der Fläche insgesamt wie auch die Anlegung des Wirtschaftsweges auf das Ökokonto habe.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion teilte mit, dass er der überarbeiteten Planung äußerst positiv gegenüber stehe.

Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion erinnerte an die letzte Ausschusssitzung, die vor der Ratssitzung stattgefunden hat, in der die fehlende Detailplanung bemängelt wurde. Nun liege eine Konkretisierung eines Teilbereiches vor. Sie wolle wissen, wann zu dem Gesamtkomplex die Planung vorgelegt werde. Auch interessiere sie in Hinblick auf die Fördermittel der zeitliche Horizont.

Herr Gleß erwiderte, dass sich an der in der Ratssitzung genannten Kurzfristigkeit nichts

geändert habe. Man habe die Hoffnung, dass man die Maßnahme im nächsten Jahr durchgesetzt bekomme. Die Beschaffenheit der Fuß- und Radwege müsse selbstverständlich so sein, dass sie entsprechend genutzt werden können. Das ganze geschehe in Abstimmung mit der Landwirtschaft. Diese argumentiere dahingehend, dass, wenn dieser begrünte Siedlungsrand beschlossen wird, man auf Jahre die Sicherheit habe, dass keine weitere siedlungsräumliche und landwirtschaftsschädliche Entwicklung stattfinden wird. Zum weiteren Verfahren teilte Herr Gleß mit, dass die Flurbereinigungsbehörde mit den Grundstückseigentümern sprechen wird, ob eine Bauerlaubnis erteilt werden kann oder nicht. Die im Sommer vorgestellte Planung sei endgültig vom Tisch. Die Planung für eine entsprechende Ausgestaltung des Grünstreifens wird dann fortgesetzt, wenn Klarheit besteht, dass die Grundstückseigentümer einverstanden sind. Um jedoch nicht so viel Zeit zu verlieren, werde allmählich mit der Planung begonnen werden. Die Reduzierung der Planung führe auch dazu, geringere Endkosten zu haben. Hierbei sei von einem einstelligen Prozentbetrag auszugehen. Auch der Besatz an Ökopunkten wird sich um diese Größenordnung reduzieren.

Danach nahm der Ausschuss den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.